

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Bezirksbürgermeisterin Perschon eröffnet die Sitzung der Bezirksvertretung Laurensber. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist sie darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 13 und 14 aufgrund fehlender Verwaltungsvorlagen vertagt werden müssen und die Beratung zu TOP 4 des nichtöffentlichen Teils entfällt.

Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.06.2021 (öffentlicher Teil)

Vorlage: BA 5/0022/WP18

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg genehmigt die Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg vom 02.06.2021 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig Ablehnung: Enthaltung: -----

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.06.21 (öffentlicher Teil)

Vorlage: BA 5/0031/WP18

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg genehmigt die Niederschrift der Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg vom 30.06.21 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig Ablehnung: Enthaltung: 1

zu 4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner in bezirklichen Angelegenheiten

Frau Dr. L. aus Aachen richtet ihre Frage an Frau Perschon und möchte wissen, warum seitens der Bezirksvertretung Laurensberg entgegen der Fakten des Radentscheids und gegen den Willen der Anwohner die Variante drei umgesetzt werden soll.

Frau Perschon sichert eine schriftliche Beantwortung der Frage zu und erklärt, dass es sich um eine Entscheidung des Mobilitätsausschusses handele und als wesentliches Kriterium der Schutz der Radfahrer zugrunde gelegt wurde. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf den von der Fraktion Grüne erarbeiteten Kompromissvorschlag.

Auf die gestellte Zusatzfrage, wer bei einem Unfall die Verantwortung übernehme verweist sie auf die zugesicherte schriftliche Beantwortung der Fragen.

In Beantwortung der Frage wo die Patienten der ärztlichen Praxis künftig parken können, wenn es nicht zumutbar ist weite Wege zur Praxis in Kauf zu nehmen vertritt Frau Perschon die Auffassung, dass die vorhandenen 9 Parkplätze auf dem Gelände der Praxis hierfür reserviert werden sollten.

Herr Dr. S. richtet seine Frage ebenfalls an Frau Perschon und möchte wissen, welche Möglichkeiten die übrigen Anwohner*innen künftig haben, um ihr Fahrzeug entsprechend abzustellen.

Als denkbare Lösung wird nach Aussagen von Frau Perschon ggf. die Schaffung von Anwohnerparkplätzen als Alternative gesehen.

Frau Melanie G. aus Aachen bittet Herrn Klick um Beantwortung der Frage, warum man sich gegen die von den Anwohnern vorgeschlagene Variante ausspreche.

Herr Klick legt hierzu dar, dass der angedachte Radschutzstreifen nicht ausreichend sei, um die Sicherheit der Radfahrer gewährleisten zu können.

Im Übrigen sei bei Schaffung der Protected Bike Lane ein Falschparken nur dann möglich, wenn in den Einfahrten zu den jeweiligen Liegenschaften geparkt werde.

Lt. Aussage von Herrn Klick werden zur Schaffung weiterer Abstellmöglichkeiten derzeit mit der Verwaltung Gespräche dahingehend geführt, dass für die Parkfläche im ehemaligen Bereich des Grenzhäuschens künftig Monatstickets angeboten werden könnten.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt.

zu 5 Bebauungsplan Nr. 1000 N - Erweiterung Uniklinik

hier:

- **Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie über das Ergebnis der erneuten Beteiligung gemäß § 4a (3) BauGB**
- **Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB sowie über das Ergebnis der erneuten Beteiligung gemäß § 4a (3) BauGB**
- **Änderung des Bebauungsplanes gemäß § 4a (3) BauGB**
- **Empfehlung zum Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB**

Vorlage: FB 61/0231/WP18

Ohne Aussprache fasst die Bezirksvertretung Laurensberg folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie über das Ergebnis der eingeschränkten Beteiligung zur Kenntnis.

Sie empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den Bebauungsplan Nr. 1000 N - Erweiterung Uniklinik - gemäß § 4a (3) BauGB wie folgt vereinfacht zu ändern:

- Reduzierung der Höhenfestsetzung im Bereich der Patientengärten (SO 1) auf 210,00 m ü. NHN,
- Reduzierung der Höhenfestsetzung im Bereich neben dem Eingangsgebäude (SO 2) auf 217,00 m ü. NHN,
- Überschreitung der im SO 1 festgesetzten maximalen Gebäudehöhe von 214,00 m ü. NHN durch Be- und Entlüftungsbauwerke um bis zu 7,0 m auf einer Grundfläche von je maximal 20 m² je Lüftungsbauwerk.

Sie empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden zur öffentlichen Auslegung, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen und den Bebauungsplan Nr. 1000 N - Erweiterung Uniklinik - gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der geänderten Fassung als Satzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig Ablehnung: Enthaltung: -----

zu 6 Vaalser Straße (zwischen Keltenstraße und Grenze): Neumarkierung nach Asphaltdeckensanierung (Planungs- und Ausführungsbeschluss) Vorlage: FB 61/0200/WP18

Im Zuge der Aussprache regt die SPD eine alternative Beschlussfassung dahingehend an, die Entscheidung auszusetzen und zunächst eine angemessene Bürgerbeteiligung durchzuführen. Erst danach solle eine Entscheidung getroffen werden.

Hierzu äußert Frau Schmitt-Promny, dass sich die Fraktion Grüne dagegen aussprechen werde, da zu befürchten sei, dass bei einer neuen Beschlussfassung die Bezirksvertretung Laurensberg wiederum außen vor gelassen werde.

Die vorgetragenen Bedenken des Ärztehauses seien richtig; sie wurden auch bei der Erarbeitung des vorliegenden Beschlussvorschlages mit aufgenommen.

Der angesprochene Parkdruck entsteht ihrer Auffassung nach aus dem Wunsch, kostenfreie Parkplätze zu finden. Sie regt an, die Nutzung der privaten Fläche des Ärztehauses dahingehend zu überdenken und dort Kapazitäten zu schaffen.

Herr Henkes verweist im Zuge der Diskussion darauf, dass es sich nicht nur um eine Kenntnisnahme des Beschlusses handele sondern seitens der Bezirksvertretung Laurensberg eine Empfehlung ausgesprochen werden kann und somit die Variante der Grünen, 3 B, zur Abstimmung zu bringen ist. Nach Auffassung von Herrn Kusch wurden bei der Erstellung der Variante die Argumente der Bürger*innen nicht ausreichend berücksichtigt.

Man müsse auch die Sicherheit der Passanten mit einbeziehen. Durch die Einrichtung der protected bike lane sei ein ausreichender Schutz der Fußgänger*innen nicht gewährleistet.

Im Übrigen solle die Einrichtung mit Blick auf´s Ganze auch im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Bereiches Vaals-Grenze gesehen werden, welches durch die von der CDU-Fraktion erarbeitete Variante 2B erfolge.

Herr Brodowski schließt sich diesen Ausführungen an und erwartet eine Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer*innen.

Herr Müller, FB 61, weist die Bezirksvertretung darauf hin, dass der 2019 verabschiedete Radentscheid lt. politischem Beschluss immer bei Straßenänderungen und Sanierungen mit berücksichtigt werden muss.

Er dokumentiert die Bereitschaft der Verwaltung auf dem Gelände an der Grenze Vaals Plätze für Privatpersonen zur Verfügung zu stellen und wird dies in die Prüfung mit einbringen.

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen.

Zur weiteren Beratung wird die Sitzung der Bezirksvertretung Laurensberg für 10 Minuten unterbrochen.

Nach Ende der Beratungspause fasst die Bezirksvertretung Laurensberg folgenden

Beschluss:

Frau Perschon teilt mit, dass sie aufgrund der Abwesenheit eines Mitgliedes der CDU-Fraktion mit Blick auf die Wahrung des Stimmenproporz nicht an der Abstimmung teilnimmt.

Dann stellt sie zunächst den weitestgehenden **Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion** zur Abstimmung:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und fordert die Verwaltung auf, zunächst keine der beschriebenen Varianten umzusetzen. Zunächst soll eine angemessene Bürgerinformation durchgeführt werden. Gfls. sind temporäre Markierungen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2 Ablehnung: 6 Enthaltung: 3

Anschließend stellt Frau Perschon den dann weitergehenden **Planungsvorschlag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen** mit dem Zusatz, dass die Verwaltung ein Jahr nach Umsetzung der Maßnahme über die Wirksamkeit berichten soll, zur Abstimmung:

Die Bezirksvertretung Laurensberg nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Mobilitätsausschuss, die Verwaltung mit der Ausführung der von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vorgeschlagenen Variante 3 b zu beauftragen. Die Verwaltung soll ein Jahr nach Umsetzung der Maßnahme über deren Wirksamkeit berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5 Ablehnung: 4 Enthaltungen: 2

Da der Vorschlag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mehrheitlich angenommen wird, erübrigt sich eine weitere Beschlussfassung über die Planungsvariante der CDU-Fraktion.

**zu 7 Sonnenweg, Verbesserung des Ausbaus und der Entwässerung;
hier: Ausführungsbeschluss und
 über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung**

Vorlage: FB 61/0206/WP18

Herr Zwick erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation und führt aus, dass die geplanten Maßnahmen das Entwässerungsproblem lösen und die Verkehrssicherheit mit Blick auf den landwirtschaftlichen Verkehr erheblich verbessern würden.

Frau Perschon weist darauf hin, dass der Sonnenweg nur für den landwirtschaftlichen Verkehr freigegeben ist und von diesem auch rege genutzt wird. Die geplante Abpollerung wäre daher nicht zielführend und zudem noch unpraktikabel und würde die Landwirte bei Ihren Fahrten behindern. Daher müssten andere Lösungen gefunden werden, um ein verbotswidriges Befahren mit PKW's zu unterbinden. Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen und die FDP schlossen sich dieser Auffassung an. Frau Perschon regte darauf hin an, den Beschluss zu splitten und über die Abpollerung gesondert abzustimmen, da die Maßnahme ansonsten von der Bezirksvertretung mitgetragen wird.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg spricht sich gegen die Absperrung mit Pollern aus und bittet die Verwaltung, alternative Maßnahmen zu prüfen und diese gfls. der Bezirksvertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig ohne Enthaltungen

Die **Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg** nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis und fasst auf Grundlage der Pläne 2018_009_L, 2018_009_RQ1, 2018_009_RQ2, 2018_009_RQ3, 2018_009_RQ4, 2018_009_RQ5, 2018_009_RQ6 den Ausführungsbeschluss zur Verbesserung des Ausbaus sowie der Anpassung der Entwässerung des Sonnenweges.

Sie empfiehlt dem Rat, für die Umsetzung der Maßnahme Sonnenweg bei PSP-Element 5-120102-500-01800-300-1 Sonnenweg, Entwässerung eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 90.000 € bereitzustellen. Die Deckung der überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erfolgt aus dem PSP-Element 5-120102-100-00400-300-1, Münsterstraße, Erneuerung, da dort die eingeplante Verpflichtungsermächtigung in diesem Jahr nicht in Anspruch genommen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig ohne Enthaltungen

**zu 8 Erweiterung Tempo-30-Zone, Bereich Kreisverkehr Schurzelter Straße / Süsterfeldstraße
Antrag der CDU-Bezirksfraktion Aachen-Laurensberg vom 16.11.2020**

Vorlage: FB 61/0178/WP18

Herr Henkes bitte um Prüfung ob die Möglichkeit besteht, ggf. die Änderung der Vorfahrtsregelung im Bereich der Einmündung Brunnenstraße zu ändern und dort künftig eine Rechts-vor Links-Regelung umzusetzen.

Hierzu regt Frau Schmitt-Promny an, die Tempo 30-Zone entsprechend zu verlängern. In diesem Zusammenhang legt Frau Epstein dar, dass sie den Eindruck habe, dass die Autofahrer*innen die Tempo 30-Regelung, welche zur Zeit existiert nicht beachten würden.

Frau Strehle nimmt zu den Vorschlägen Stellung und weist darauf hin, dass es nach der derzeitigen Rechtslage keine rechtliche Möglichkeit gebe, eine Tempo 30-Zone anzuordnen.

Weitere Wortmeldungen erfolgte nicht.

Die Bezirksvertretung Laurensberg fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis, wonach die Schurzelter Straße zwischen Seffent und neuem Kreisverkehr sowie die Süsterfeldstraße als ausgeschilderte Vorfahrtsstraßen (Zeichen 306 StVO) nicht in Tempo-30-Zonen einbezogen werden.

Der Antrag gilt damit als behandelt.

zu 9 Gemeinschaftsgrundschule Gut Kullen: Anlegen eines Quartiersgarten

Vorlage: FB 45/0133/WP18

Ohne Aussprache fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung, die Verwaltung mit der Umsetzung des Quartiersgartens zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig Ablehnung: Enthaltung: -----

zu 10 Straßenbeleuchtungsanlagen - Prioritätenliste 2021**Vorlage: FB 61/0201/WP18**

Die Informationen zu den Anträgen der SPD-Fraktion vom 25.01.2021 hinsichtlich der Beleuchtung in der Keltenstrasse im Abschnitt zwischen Alte Vaalser Strasse und Vaalser Strasse sowie in der Schurzelter Strasse zwischen Alt-Laurensberg und Kullen und einer weiteren Beleuchtungsmaßname in der Schlossparkstrasse aufgrund eines Bürgerantrags wurden als Tischvorlage verteilt.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung B5 Laurensberg nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.
Sie empfiehlt dem Mobilitätsausschuss, die Durchführung der Beleuchtungsmaßnahmen 2021 in der vorgeschlagenen Reihenfolge, soweit die vorhandenen Haushaltsmittel ausreichen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig Ablehnung: Enthaltung:-----

**zu 11 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung zur Vergabe bezirklicher Mittel,
Sonderfonds****Vorlage: BA 5/0028/WP18****Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung zur Vergabe der bezirklichen Mittel (Sonderfonds) vom 08.07.2021.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig Ablehnung: Enthaltung: 1

zu 12 Vergabe der bezirklichen Mittel 2021**Vorlage: BA 5/0035/WP18**

Frau Perschon verweist auf das Protokoll der interfraktionelle Runde. In der Vorberatung wurde u. a. empfohlen, den Antrag der Genezarth-Kirche auf Bezuschussung der Veranstaltungen zum Weltsenior*innen-Tag zurückzustellen, bis die Höhe des verbleibenden Zuschussbedarfs feststeht. Hierzu verweist Sie auf die als Tischvorlage verteilte Information, mit der um einen Zuschuss in Höhe von 200 € gebeten wird und stellt diesen ergänzend zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg beschließt die Vergabe der bezirklichen Mittel 2021 entsprechend der Empfehlung der interfraktionellen Runde im Einzelnen wie folgt:

1. Verfügungsmittel lt. Vorschlagsliste 2021	8.300 €
2. Pfarre St. Laurentius Zuschuss zur Beleuchtung der Pfarrkirche	2.000 €
3. DRK Stadtverband Aachen e. V. Allgemeiner Zuschuss zur Jugendarbeit	500 €
4. Unsere Obstwiesen e. V. Zuschuss zum Erwerb eines Trockenautomaten	1.500 €
5. GGS Vaalserquartier Zuschuss zur Unterhaltung des Schulgartens	300 €
6. Genezareth-Kirche Zuschuss zu Veranstaltungen zum Weltsenior*innentag	200 €
7. LiVe e. V. Zuschuss zu Erneuerung der Tischtennisplatte und zum Bau einer Boule-Bahn	2.800 €
8. GGS Gut Kullen Zuschuss zur Anschaffung eines Fahrradparcours	1.800 €
9. Grenzland Trompeter 1958 e. V. Zuschuss zu den lf. Kosten des Vereins	600 €
10. Mütterzentrum Mamma Mia Zuschuss zu den lfd. Kosten des Vereins (ohne Personalkosten)	4.000 €

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung:

Enthaltung:----

zu 13 Sicherungsmaßnahmen am Dorbach (Steppenbergweg)

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in der Bezirksvertretung Laurensberg vom 26.07.2021

Vorlage: BA 5/0029/WP18

Der TOP wird vertagt.

zu 14 Verkehrssituation Kandelfeldstrasse

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in der Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg vom 21.08.2021

Vorlage: BA 5/0033/WP18

Der TOP wird vertagt.

zu 15 Anträge nach § 12 Geschäftsordnung

Vorlage: BA 5/0034/WP18

Die nachstehenden Anträge

Postbank Vaalserquartier erhalten

Antrag Die Linke vom 26.07.21

Bäume für den Stadtbezirk Aachen-Laurensberg

Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 21.06.21

werden in der Sitzung bekannt gegeben und an die Verwaltung verwiesen.

Herr Kusch weist darauf hin, dass die Behandlung des Antrages der Linken nicht in die Zuständigkeit der Bezirksvertretung fällt.

zu 16 Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 17 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Wery teil mit, dass der Haushalt 2022 nicht wie vorgesehen am 06.10.21, sondern erst am 10.11.21 in den Rat eingebracht wird. Die Haushaltsberatung in der Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg kann daher erst in der Sitzung am 19.01.22 stattfinden.